

1999.08.14. «derBund». BEA-Parkierschlamassel ist perfekt. Richtplan schlägt Sachplan.

1999.08.14. Bund.
Kein Weiterzug durch
die Gemeinde

Parkier-Schlamassel bei der BEA ist perfekt

STADT BERN / Berns linke Stadtratsmehrheit ist mit der Reduktion der Parkierfläche auf der Allmend gescheitert: Die Parkierordnung sei im übergeordneten Richtplan festgeschrieben und dürfe durch den Stadtrat nicht abgeändert werden, hat Regierungsratshalter Andreas Hubacher entschieden. Die Gemeindebeschwerden von BEA bern expo, Bürgerlichen und Regionsgemeinden wurden gutgeheissen. Ob die Stadt den Entscheid anfight, ist offen.

dv. Das BEA-Ausstellungsgelände in Bern Nord ist übergeordnetes Entwicklungsgebiet: Stadt und Kanton Bern, Ostermündigen, Ittigen, BEA bern expo und SBB haben den Rahmen für den Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Bern-Wankdorf gesteckt. Im Richtplan einigten sich die Partner auf ein Sockelangebot von 2500 Parkplätzen für Besucher und Besucherinnen des ESP-Gebiets.

Im Februar dieses Jahres griff der Stadtrat per «Sachplan Parkierung auf den Allmenden» in die Planung ein – zu Unrecht, wie Regierungsratshalter Andreas Hubacher erkannt hat: In seinem gestern veröffentlichten Entscheid rügt er das Vorgehen der Stadt als verfahrenswidrig. «Die Richtplanung fällt in die abschliessende Kompetenz des Gemeinderats; dem Parlament fehlt es folglich an der entsprechenden Zuständigkeit», schreibt Hubacher. Und: «Der Stadtratsbeschluss verletzt die Grundsätze der Planbeständigkeit.» Richtplanungen dürften nicht ohne zwingende Gründe innert zweier Jahre in erheblichem Umfang revidiert werden.

Nach Ansicht des Regierungsratshalters hätte nämlich die Verabschiedung des Sachplans durch

den Stadtrat die unverzügliche Revision der übergeordneten Richtplanung erfordert, enthielt doch der Sachplan ein reduziertes Parkplatzangebot: Die rotgrüne Stadtratsmehrheit strich 300 von 2500 Sockelparkplätzen und verlangte zudem den etappenweisen Ersatz von 1500 Ergänzungsplätzen auf der Kleinen Allmend

durch ein unterirdisches Parkhaus. Damit könnten Grünflächen, die heute laut Stadtrat «widerrechtlich» zum Parkieren benützt werden, der ganzen Bevölkerung als zusammenhängendes Erholungsgebiet zugänglich werden. Der Berner Gemeinderat beurteilt die Kompetenzfrage anders als der Regierungsratshalter:

Parkplätze auslagern?

may. Gerne würde der Ostermündiger Gemeinderat der Stadt Parkplätze zur Verfügung stellen: An der Milchstrasse, nahe der Toni Lait AG, könnte ein Ergänzungsparkplatz für Grossanlässe auf dem BEA-Areal entstehen. Diese Absicht wurde bereits vor einem Jahr im Richtplan Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf vorgebracht, den die Stadt Bern zusammen mit den Nachbargemeinden Ostermündigen und Ittigen ausgearbeitet hat (siehe Haupttext).

Ganz uneigennützig ist Ostermündigens Angebot jedoch nicht: Als Gegenleistung für die Parkplätze verlangt die Gemein-

de, dass die Stadt Bern den Schermenweg wieder öffnet. Seit auf dieser Strasse Einbahnregelung gelte, würden andere Strassen und Quartiere stärker belastet, erklärt Gemeindeplaner Walter Wirz. Ostermündigen sei nach wie vor stark daran interessiert, dass der Schermenweg wieder in beide Richtungen geöffnet werde.

Unter Dach und Fach ist der Parkplatz-Deal, wenn auch im verbindlichen Richtplan festgehalten, noch lange nicht. «Es wird sich erst noch zeigen, ob die Parkplätze in Ostermündigen politisch machbar sind», meint Walter Wirz.

Laut der Stadt Bern hätte der Sachplan nicht die sofortige Revision des Richtplans bedingt: Es müsse offengelassen werden, ob der Sachplanbeschluss des Stadtrats tatsächlich den Richtplan abändern würde, heisst es in der Stellungnahme der Stadt zur Gemeindebeschwerde. Der Richtplan enthalte auch keine Detailangaben darüber, wo innerhalb des Richtplangebiets Parkplätze beibehalten, aufgehoben oder verlegt werden sollen.

Linke «Machtdemonstration»

Ostermündigen, Ittigen, BEA bern expo, SVP und Junge SVP sowie die gesamte FDP-Fraktion des Stadtrats opponierten mittels Gemeindebeschwerden gegen den Sachplanentscheid. 2200 Parkplätze seien zu wenig für Grossveranstaltungen, argumentierten sie; und das Stadtparlament «ist nicht zuständig, über Sachpläne oder Änderungen von Richtlinien Beschlüsse zu fassen». Im Stadtrat hatten die Bürgerlichen geschlossen gegen die Parkplatzreduktion gestimmt und den Auftritt der Rot-Grün-Mitte-Mehrheit als «arrogante Machtdemonstration» kritisiert. Der Regierungsratshalter 2 von Bern hat nun die

Gemeindebeschwerden gutgeheissen und dem Berner Gemeinderat eine Belehrung erteilt: Dieser hätte den Sachplan dem Stadtrat gar nicht zur Beschlussfassung unterbreiten dürfen. Hubacher: «Dem Stadtrat ist zum Beschluss über den Sachplan in keiner Weise des Verfahrens eine Beschlusskompetenz zugekommen, weshalb die Beschwerden gutgeheissen werden und der angefochtene Beschluss des Stadtrats aufgehoben wird.» Der Stadt werden Parteikosten von knapp 10 000 Franken aufgebürdet.

Bei der Stadt als unterlegener Beschwerdegegnerin herrschte gestern Unklarheit über das weitere Vorgehen: Der Gemeinderat müsse nun innert 30 Tagen entscheiden, ob er den Statthalterentscheid beim Regierungsrat anfechte, sagte der Chef des Rechtsdiensts, Felix Kubli. Der Fürsprecher der Stadt ist besorgt über den Umstand, «dass sich die Legislative zunehmend in Exekutivkompetenzen einmischte».

GFL-Stadtrat und Kommissionssprecher Ueli Stückelberger will den Entscheid nicht hinnehmen: In diesem Fall sei der Volkswille mit dem Erlass des Richtplans umgangen worden.

KOMMENTAR

Egoismen statt Politik

DANIEL VONLANTHEN

In der Verkehrspolitik sind die Egoismen besonders ausgeprägt: Autofahrer fahren rücksichtslos durch Wohngebiete, parkieren auf Trottoirs und missachten Verbote. Die Polizei schreit ein, solange die Kräfte reichen. Die Aussengemeinden, für das Wachstum der Pendlerströme mitverantwortlich, verlangen freie Einfallsachsen ins Zentrum, sind aber nicht bereit, zusätzlichen Verkehr zu schlucken. Den Moloch Verkehr will niemand vor der Haustür haben – zu gross sind die Immissionen. Und für Grossveranstalter und Wirtschaftsförderer ist die Zahl der Parkplätze nie gross genug, auch wenn ein Standort – wie der Raum Wankdorf – durch den öffentlichen Verkehr optimal erschlossen ist.

Die Debatten in der Verkehrspolitik wiederholen sich und sind – ob in der Gemeinde oder im regionalen Planungsverband – meist unbefriedigend. Die Entscheide werden aber bestimmt nicht besser, wenn man sie den Juristen überlässt.

STADTRAT IN KÜRZE

SACHPLAN

Allmend-Streit wird nicht weitergezogen

kan. Auf politisch glattes Terrain begab sich der Gemeinderat gestern mit seiner Erklärung zum Sachplan «Parkierung auf den Allmenden»: Obwohl der Stadtrat die Reduktion der Parkierfläche auf der Allmend beschlossen hatte, stützt der Gemeinderat diesen Entscheid nicht – vorab auch weil ihm juristisch die Hände gebunden sind: Der Regierungsratshalter hatte nämlich unlängst eine Beschwerde gegen den Stadtratsbeschluss gutgeheissen – auch mit der Begründung, der Stadtrat besitze die Kompetenz nicht, Abänderungen in Sachplänen zu verlangen. Die GFL-Fraktion nimmt den Rückzug des Gemeinderats allerdings nicht hin und verlangt per Motion die Überführung des Sachplans in die baurechtliche Grundordnung.

«Sachplan Parkierung auf den Allmenden», vom Stadtrat beschlossen. Das würde heissen: Markante Reduktion der Parkierung auf den Allmenden.

Gemeindebeschwerde von BEAbernexpo, Bürgerlichen und Regionsgemeinden, dagegen. Argument: Der SR-Beschluss widerspreche dem Richtplan.

Regierungsratshalter Hubacher (SVP) heisst diese Beschwerden gut. Der «Sachplan Parkierung auf den Allmenden» ist damit kassiert.

Oben rechts: Der GR zieht die Entscheidung des Regierungsratshalters nicht weiter. Damit gilt endgültig: Richtplan schlägt Parlamentsentscheid.